

Der Kapitalismus - kreative Zerstörung?
Rede
von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler
in Herrenberg am 31. Januar 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Gottschalk,
sehr geehrter Herr Dr. Binzer,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sprißler,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

I.

wir leben in interessanten Zeiten. Interessante Zeiten sind meist unruhig. Seit ein paar Jahren kommt die Unruhe vor allem von den Finanzmärkten. Wir erleben Banken-, Finanz-, Vertrauens- und Staatsschuldenkrisen, die zusammenhängen wie ein Flussdelta und die miteinander in Wirtschaftskrisen münden wie der Fluss ins Meer. Wir erleben ununterbrochen auf allen Ebenen ein Krisenmanagement, das von der Bankenrettung bis zum Verbot von Leerverkäufen reicht, mit dem Deutschland in Europa vorangegangen ist, und von den diversen Um- und Anbauten bei der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zu den Absichtsbekundungen der G-20-Staaten für eine bessere Weltfinanzordnung und bis zu den Arbeiten im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem die Notenbanken und Aufsichtsbehörden von 27 Staaten angehören.

Es heißt, die Politik schaffe seltsame Bettgenossen ("Politics makes strange bedfellows."). Unruhige Zeiten bringen auch im Reich der Ideen erstaunliche Bettgenossen hervor. In der ersten Ausgabe des Heftes DER SPIEGEL in diesem Jahr reklamiert Frau Wagenknecht von der Partei "Die Linke" das Ideengut des Ordoliberalismus. Sie wissen: Das Stichwort Ordoliberalismus benennt Erkenntnisse,

die in der Politik von Ludwig Erhard ein zentrales Rüstzeug für die Soziale Marktwirtschaft waren. Frau Wagenknecht verknüpft dieses Ideengut nun mit Forderungen nach einer radikalen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Wende. Sie sagt Sätze wie: "Der damalige Neoliberalismus war das Gegenteil des stumpfsinnigen Glaubens an den Segen deregulierter Märkte, den man heute mit diesem Begriff verknüpft. Ökonomen wie Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack waren überzeugt, dass der Markt nicht alles richten kann, der Staat muss die Regeln und den Ordnungsrahmen setzen." Ich glaube, die meisten von uns teilen diese Überzeugung.

Wie ist es aktuell um die staatliche Aufgabe bestellt, den Akteuren auf den Finanzmärkten eine gemeinwohlverträgliche Ordnung vorzuschreiben und sie durchzusetzen?

Nun, zehn Tage nach dem Interview von Frau Wagenknecht hieß es im Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift "Bankenaufseher knicken ein", die in Basel verhandelten Standards zur Regulierung der Kreditwirtschaft würden dank erfolgreicher Lobbyarbeit der Banken zusehends verwässert und aufgeweicht. Worum geht es (nicht nur, aber auch) in Basel? Es geht im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Steuerzahler darum, die Banken auf ein ausreichendes Maß an Eigenkapital zu verpflichten, damit sie nicht bloß mit anderer Leute Geld

wetten, sondern für eigene Fehlentscheidungen auch mit eigenen Verlusten büßen. Es geht darum, den Banken jede verantwortungslose Risikofreude abzuerziehen und wieder zusammenzubringen, was zusammengehört: unternehmerische Freiheit und unternehmerische Haftung. Es geht darum, den Banken die faktisch bestehende Garantie zu nehmen, dass sie "too big to fail" sind und notfalls vom Staat gerettet werden müssen, weil der nicht zulassen darf, dass durch einen Bankenkrach die Gesamtwirtschaft in die Krise stürzt. Und es geht darum, das enorm gewachsene Schattenbankenwesen zu beenden, das weitgehend unreguliert ist und dessen Risiken bis zur Stunde wohl niemand verlässlich einschätzen kann. Um all das geht es, aber die FAZ berichtet und kommentiert: Die Frist für die Schaffung eines größeren Liquiditätspuffers der Banken sei um vier Jahre verlängert (auf Anfang 2019); der Katalog der als Sicherheit zulässigen Wertpapiere sei auf problematische Weise erweitert worden; und die USA wollten die unter dem Stichwort Basel III zusammengefassten Aufsichtsregeln und deren strengere Kapital- und Liquiditätsvorgaben nur noch für einige wenige international tätige Großbanken einführen. "Wenn überhaupt", fügte der Korrespondent hinzu und vertrat die Gesamtbewertung, das Ziel einer vorsichtigeren Risikopolitik der Banken werde nicht erreicht. Er forderte eine "Aufsicht mit Biss", und die setze "den Mut zu Entscheidungen auch gegen den Willen der Banken voraus." Ich kann nicht verhehlen, dass ich von diesem Mut – vor allem auf der internationalen Bühne – noch nicht zu viel sehen kann. Die „Finanzindustrie“ scheint sich eher schon wieder auf

business as usual einzurichten. Das Schattenbankenwesen expandiert weiter und der notwendige Kulturwandel z.B. im Investmentbanking kommt bisher im Wesentlichen nur in Sonntagsreden der Branchenvertreter vor. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass das Bundesfinanzministerium jetzt einen Gesetzentwurf zur Abspaltung des (riskanten) Handelsgeschäfts von Banken von ihrem Einlagen- und Kreditgeschäft erarbeitet hat. Wie die FAZ kritisch vermerkt, verbleiben danach aber immer noch zu viele Risiken beim Sparer und Steuerzahler. Ich hoffe, der Gesetzentwurf bekommt in der Politik und in der Öffentlichkeit die notwendige Aufmerksamkeit.

Das führt zu der Frage, wie der Wille zur Ordnungspolitik gebildet wird und wie er gestärkt werden kann. Da lohnt sich ein Blick auf unsere Nachbarn in der Schweiz. Die stimmen am 3. März über die sogenannte "Abzockerinitiative" ab. Sie wendet sich gegen eine angebliche Selbstbedienungsmentalität auf den Chefetagen von Schweizer Banken und Unternehmen und sieht unter anderem vor, dass Antrittsgelder und Abgangsentschädigungen künftig verboten sind und dass die Transparenz der Vergütungsregeln und die Macht der Aktionäre in den Hauptversammlungen deutlich gestärkt wird, zum Beispiel durch Abschaffung der Organ- und Depotstimmrechte. Das Schweizer Parlament hat signalisiert, es wolle das Anliegen aufnehmen, auch wenn der Bundesrat die Initiative in ihrer jetzigen Form ablehnt. Es gibt einen sogenannten "indirekten Gegenvorschlag" des Parlaments, der zum Tragen käme,

wenn die Initiative in der Volksabstimmung scheitern sollte. Der Gegenvorschlag greift viele Anliegen der Initiative auf.

Nun fragen Sie sich vielleicht: Was hat denn das alles miteinander zu tun, die Berufung der Linken auf den Ordo-Liberalismus, die Bankenregulierung und die direkte Demokratie in der Schweiz? Viel. Meine Ausgangsthese lautet: Wir erleben mehr als bloß interessante Zeiten. Wir erleben Entscheidungen und Wandlungen, die darüber bestimmen, welchen weiteren Entwicklungspfad unsere wirtschaftliche und politische Ordnung nimmt. Der westliche Kapitalismus, verstanden als ein auf Märkte, Wettbewerb und Privateigentum gegründetes Wirtschaftssystem, hat auf den internationalen Finanzmärkten eine Art von Zerstörung hervorgebracht, die kreativ höchstens im Sinne von *findig* war, aber nicht kreativ im Sinne von *schöpferisch*, d.h. nachhaltig neue Werte schaffend, die Produktionsmenge und den Wohlstand der Nationen vermehrend. Im Gegenteil: Die Zerstörung, die von den Finanzmärkten ausgegangen ist und weiter auszugehen droht, wenn das Ziel einer wirksameren Regulierung verfehlt wird, sie bedroht die künftige Prosperität des Westens und seine demokratische Legitimität. Entsprechend intensiv sollten wir alle uns für das entstandene Problem und für seine Lösung interessieren und einsetzen.

Diese Ausgangsthese klingt vielleicht etwas dramatisch; aber sie lässt sich untermauern. Dafür sind ein paar Fundamente nötig, die zunächst theoretisch

klingen mögen. Aber wenn Sie Geduld für diese Grundlegung haben, dann werden Sie, glaube ich, anschließend einen umso temperamentvolleren Sinn für die Bedeutung und Dringlichkeit der Probleme entwickeln, vor denen die westlichen Demokratien stehen. An die Fundamente also!

Zunächst ein letzter Blick in die Zeitungen. Vor einem Dreivierteljahr hieß es in einer Buchbesprechung: "Kaum ein Buch dürfte in diesem Jahr unter Ökonomen mit größerer Spannung erwartet worden sein als das vorab schon als Meisterwerk annoncierte 'Why Nations Fail' von Daron Acemoglu (MIT) und James A. Robinson (Harvard University)."

Ein wissenschaftlicher Knüller also. Die beiden Autoren haben darin die Ergebnisse von anderthalb Jahrzehnten gemeinsamer Forschung zusammengefasst. Sie fragen: Wie erklären sich die Wohlstandsunterschiede zwischen den Nationen? Sie antworten: Wohlstand braucht ein Mindestmaß an politischer Zentralisierung, und Wohlstand braucht politische und wirtschaftliche Institutionen, die *inklusiv* möglichst die ganze Gesellschaft einbeziehen, statt *extraktiv* der Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit zu dienen, einer Minderheit, die die politische und wirtschaftliche Macht hat, sich zu bereichern. Gruß aus dem Lateinunterricht: *includere* = einschließen, umfassen, einbegreifen, wie man früher sagte, und *extrahere* = herausziehen, das kennt man ja auch vom Zahnarzt.

Allein *inklusive* Institutionen - von Rechtsstaatlichkeit, unternehmerischer Freiheit und sicheren Eigentumsrechten für alle bis zu politischen Institutionen, die offen sind für die berechtigten Anliegen und Initiativen der Bürger und für ihre politische Mitbestimmung - allein solche inklusiven Institutionen also geben den Menschen auf die Dauer die nötigen Anreize dafür, wirtschaftlich engagiert, kreativ und innovativ zu sein. Das alles belegen die Autoren mit Dutzenden von Beispielen von allen Kontinenten und quer durch die Jahrtausende.

Natürlich möchten auch extraktive, ausbeuterische Oligarchien möglichst viel Wachstum, denn sie wollen ja möglichst viel Wohlstand in die eigene Tasche stecken. Aber was sie *nicht* wollen, das ist eine grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse. Darum fürchten sie in der Wirtschaft die *schöpferische Zerstörung*, die Ablösung alter Strukturen durch Pioniere des Neuen, weil diese Zerstörung oft auch die *politischen* Verhältnisse umwälzt und dadurch die Macht der Ausbeuter gefährdet.

Inklusive Institutionen dagegen lassen die schöpferische Zerstörung durch wirtschaftliche und politische Newcomer und Aufsteiger zu und ermutigen und fördern sie oft sogar. Mit etwas Glück, so die Autoren von *Why Nations Fail*, kommt es in Nationen mit *inklusive* Institutionen zu einem *virtuous circle*, zu einer Aufwärtsspirale von steigendem Wohlstand, weil sich immer wieder breite

Koalitionen dafür bilden, die Chancengleichheit offen zu halten, Wettbewerb und Innovation zuzulassen und schädlichen Sonderinteressen entgegenzutreten. In Nationen mit *extraktiven* Institutionen dagegen kommt es praktisch immer zum *vicious circle*, zum Teufelskreis, der in den wirtschaftlichen Niedergang führt wie zum Beispiel im Sowjetblock oder auch in Argentinien, das im 19. Jahrhundert noch zu den reichsten Ländern der Welt zählte.

Eine der am meisten gebrauchten Wendungen in dem ganzen Buch lautet: *creative destruction*. Acemoglu und Robinson schließen mit dem Begriff an das Denken des österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter an. Er hatte sich die Frage gestellt, wie das wirtschaftliche System die Kraft erzeugt, durch die es sich unaufhörlich verwandelt. Er sah diese Kraft auf der Angebotsseite, bei der Weckung neuer Bedürfnisse, die "den Kunden von der Produktionsseite her anezogen werden". Und er unterschied zwischen dem bloßen *Wachstum* der vorhandenen Strukturen und ihrer schöpferischen *Zerstörung* durch eine neue Kombination von Produktionsfaktoren, die dem innovativen und damit zerstörerischen Unternehmer entsprechende Pioniergewinne sichert. Diese Zerstörung vollziehe sich nicht kontinuierlich, sondern schubweise und in unregelmäßigen Abständen. Schumpeter zählt fünf Fälle für neue Faktorkombinationen auf: 1) Herstellung eines neuen oder qualitativ neuartigen Produkts, 2) neue Produktionsmethode, 3) Erschließung eines neuen Absatzmarktes, 4) Erschließung einer neuen Bezugsquelle, 5) Aufbau einer

neuen Organisation, z.B. eines Konzerns oder Trusts. Schumpeter hat später dann übrigens noch die Hypothese aufgestellt, der Kapitalismus habe eine Tendenz zur Selbstzerstörung, denn am Ende würden monopolistische Großunternehmen, von Managern geführt, den klassischen Unternehmer verdrängen, das Bürgertum um die Substanz seines Eigentums bringen, die bürgerliche Familie auflösen, die politische Struktur der westlichen Demokratien erschüttern und zum Sozialismus überleiten. Womit wir möglicherweise wieder bei Frau Wagenknecht wären...

Ich gebe zu: Das alles klingt theorielastig. Wir leben aber möglicherweise nicht zuletzt deshalb heute in so unruhig-interessanten Zeiten, weil wir die vergangenen zehn, zwanzig Jahre ohne die Sehhilfe der Theorie verbracht haben oder mit den falschen Theorien, zum Beispiel mit der Theorie, dass man die Märkte und besonders den Finanzmarkt am besten sich selbst überlasse, weil der freie Wettbewerb und die ökonomische Rationalität der Marktteilnehmer schon für ausreichende Transparenz und Kontrolle sorgen würden.

Darum ein letzter Buchtip: *Why Nations Fail* baut auch auf einer brillanten Studie von Mancur Olson auf, die den Titel trägt: "Aufstieg und Niedergang von Nationen", und die sich ihrerseits ebenfalls auf Schumpeter bezieht. Olson geht vor allem der Frage nach, warum kleine, spezialisierte Interessengruppen viel leichter zusammenfinden und viel aktiver sind als große oder gar umfassende Gruppen wie

etwa *die* Verbraucher oder *die* Steuerzahler und welche Folgen das Handeln der Sonderinteressengruppen, der *special interest groups*, für die Effizienz und für das Gesamteinkommen der Gesellschaften haben, in denen sie wirken.

Olsons Ergebnis: Kleine Sonderinteressengruppen bilden sich leicht und sind aktiv, weil ihre Mitglieder dafür starke ökonomische Anreize haben. Das Handeln von Sonderinteressengruppen vermindert das gesellschaftliche Gesamteinkommen, weil solche Gruppen vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind und diesen Vorteil auch dann verfolgen, wenn er gesamtgesellschaftlich hohe Kosten verursacht. Sie streben *nicht* danach, die gesamte Gesellschaft produktiver zu machen - das rechnet sich nicht, weil die Anstrengung die Gruppe zu viel kosten würde und der Anteil der Gruppe an einer produktiveren Gesamtgesellschaft verschwindend gering wäre - sondern diese Gruppen streben danach, exklusiv für ihre Mitglieder einen größeren Anteil an der Produktion der Gesellschaft zu erlangen. Ihre zentrale Absicht ist es also *nicht*, den Kuchen zu vergrößern, sie wollen "nur" ein größeres Stück davon. Sie suchen dafür häufig eine Symbiose mit den Inhabern der politischen Macht - man trifft sich in der Parlamentslobby, und nicht nur dort. Sie nutzen die Komplexität und Unübersichtlichkeit unserer modernen Lebensverhältnisse, um zum Beispiel im Regelungsdickicht ihre Sonderinteressen zu verfolgen oder gar selber an der staatlichen Regulierung mitzuwirken, wie das derzeit ja auch die Banken und die großen Wirtschaftskanzleien tun. Ihre Lobby-Tätigkeit erhöht die Komplexität der

Regulierung, verringert aber nicht unbedingt die Zahl der Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten.

Die *special interest groups* nutzen außerdem den Umstand aus, dass es für die Masse der "Normalbürger" ökonomisch rational ist, sich wenig über politische und öffentliche Angelegenheiten zu informieren und wenig über sie nachzudenken. Denn selbst wenn sie das unter beträchtlichem Zeitaufwand täten, könnten sie als relativ schwache einzelne an den herrschenden Verhältnissen selbst bei größter Anstrengung kaum etwas ändern; und selbst wenn ihnen das doch gelänge, dann würden sie von verbesserten allgemeinen Verhältnissen als einzelne nur wenig profitieren. Also verharret die breite Mehrheit der Bürger in "rationaler Ignoranz", wie Olson das nennt, und also haben wir auch zu wichtigen politischen Fragen Medien, die mehr der Unterhaltung dienen als der Information.

Je erfolgreicher Sonderinteressengruppen, Kartelle und Lobbies bei ihren Versuchen sind, sich Anteile am Einkommen und an den Ersparnissen einer Nation anzueignen, desto mehr ändern sich laut Olson "die Struktur der Anreize und die Entwicklungsrichtung in einer Gesellschaft. Der Anreiz zu produzieren ist vermindert; der Anreiz, einen größeren Anteil am Produzierten zu erlangen, nimmt zu. (...) die Belohnung für die Umgehung oder Ausnutzung von Regulierungen, von politischen Maßnahmen und von Bürokratien (...) nimmt zu. Diese Änderungen in

der Struktur der Anreize lenken die Evolution der Gesellschaft in eine andere Richtung."

Sonderinteressengruppen gibt es in vielerlei Gestalt. "Ein bestimmter Wirtschaftszweig kann in der Hand von nur wenigen Unternehmen sein", schreibt Olson, und ich ergänze: wie das internationale Finanzwesen zum Beispiel und der Wirtschaftszweig Rating. Sonderinteressengruppen müssen nicht besonders sichtbar organisiert sein, mit Wappen am Sakko und Stammtischglocke. Man kennt sich, man hilft sich, das reicht. Jedenfalls: Sonderinteressengruppen sind, wie Olson gezeigt hat, für den wirtschaftlichen "Aufstieg und Niedergang von Nationen" von überragender Bedeutung - besonders für den Niedergang, steht zu fürchten.

Meine Damen und Herren,

alle diese, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften anerkannten, Grundlagen haben es politisch in sich. Mancur Olson (1932 - 1998), der gewiss ein friedfertiger Mensch war, schreibt gegen Ende seiner Studie: "Wir können jetzt besser Thomas Jeffersons Bemerkung würdigen, dass 'der Baum der Freiheit von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen aufgefrischt werden muss.'" Und dieser Thomas Jefferson, der nach George Washington und John Adams der dritte Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten war, war übrigens ein ziemlich rabiater Gegner der Finanzaristokratie seiner Zeit.

Doch weiter, *sine ira et studio*: Wenn wir die Banken-, Finanz-, und Staatsschuldenkrise mit dem Instrumentarium untersuchen, das uns Schumpeter, Olson, Acemoglu und Robinson an die Hand geben, dann ergibt sich so etwas wie ein Anfangsverdacht. Er lautet: Auf den Finanzmärkten und in ihrem rechtlichen und politischen Umfeld sind zulasten der Nationen und zum Nutzen einer kleinen Oligarchie extraktive Institutionen aufgebaut worden.

Im einzelnen: Eine vergleichsweise kleine Sonderinteressengruppe, die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten nämlich und im besonderen die Gruppe der sogenannten Investmentbanker, hat in der Bankenwelt, im Finanzsystem und in der Weltwirtschaft auf jede von Schumpeter vorausgesehene Art einen Schub der Zerstörung ausgelöst: (1) mit neuen Produkten in Gestalt der Finanzderivate, (2) mit neuen Produktionsmethoden dank Internet, komplexer mathematischer Modelle und Supercomputer, (3) durch die Erschließung neuer Absatzmärkte zum Beispiel in der Immobilienfinanzierung für Habenichtse, in der Spekulation mit Rohstoffen und durch den Absatz von Schrottpapieren beim *dumb German money*, (4) dank der Erschließung neuer Bezugsquellen, beispielsweise in Form von Regelungsarbitrage und von Wetten auf neuen Gebieten, vom Neuen Markt bis zu den *emerging markets*, und (5) schließlich durch den Aufbau einer mächtigen Interessenvereinigung mit Kartell- und Lobbycharakter in der Wall Street und in der City of London, die kollusiv zusammenwirkt - Beispiel Libor-Skandal -, die eine enge

Symbiose und sogar eine massive Personalrotation mit dem politischen System einiger Staaten aufgebaut hat und die ihre Geschäftspraktiken dank staatlicher Deregulierung institutionalisieren konnte.

Der von der Finanzindustrie ausgelöste Schub an "kreativer Zerstörung" kam finanziell in allererster Linie den handelnden Individuen dieser Sonderinteressengruppe zugute. Sie haben Gehälter und Boni in obszöner Höhe und satte Dividenden eingestrichen und sind, als es dann krachte, der persönlichen Haftung für ihre Entscheidungen fast völlig entgangen. Dagegen hat die angerichtete Zerstörung die Produktivität der Nationen nicht in einem Maße gehoben, das diese "Pioniergewinne" der Finanzindustrie rechtfertigen könnte, im Gegenteil: Wir erkennen mittlerweile, wie teuer die Zerstörung durch finanzielle *weapons of mass destruction* (Warren Buffett) unsere Nationen zu stehen kommt.

Die von den Finanzmarktakteuren angerichtete Zerstörung belastet die Allgemeinheit durch öffentliche Schulden, wirtschaftlichen Abschwung und Arbeitslosigkeit. Den Sparern droht finanzielle Repression. Das demokratische System verändert sich durch die Entscheidungszwänge des Krisenmanagements, es tendiert zur Schließung, zur Verlagerung der Entscheidungen in zentralisierte, wenig transparente, exekutiv dominierte Gremien, auch wenn die Parlamente und Verfassungsgerichte sich dem erfreulicherweise entgegenstemmen und dabei Erfolge vorweisen können.

Außerdem scheint sich der Schluss zu bewahrheiten, den Mancur Olson 1982 aus seinen Ergebnissen gezogen hat: Das angelsächsische Modell des Finanzkapitalismus hat, zumindest in den USA und in Großbritannien, auch einen *Wandel in der gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung* bewirkt, weg von der Industrieproduktion, hin zur Finanzindustrie, die mit anderer Leute Geld spekuliert und dafür "Gebühren" nimmt. Das traditionelle deutsche Produktionsregime und die traditionelle deutsche Wirtschaftskultur haben diesen Wandel noch nicht mitgemacht, darum sind wir besser durch die bisherige Krise gekommen, aber wir bleiben ihm ausgesetzt. Der "Kulturkampf" (Manfred Abelshauser) geht weiter, übrigens auch bei den Angelsachsen. Dort gibt es ja auch eine Tradition des "Trust Busting", des Zersprengens gemeinwohlschädlicher Konzerne. Präsidenten wie Theodore Roosevelt, William Taft, Woodrow Wilson, Herbert Hoover und Franklin Delano Roosevelt haben gemeinsam mit dem Kongress einigen "Räuberbaronen" (wie man sie damals nannte) in der Öl- und Stahlindustrie und auch den Banken wirksame Grenzen gesetzt. Wünschen wir Präsident Obama ähnlich viel Entschlossenheit und Erfolg! Aber täuschen wir uns nicht: Jeder Versuch, Oligarchien von ihren extraktiven Positionen zu vertreiben, wird Widerstand auslösen, von gespielter Zerknirschung und zur Schau getragener Demut bis zum Versuch, in jeder nur denkbaren Weise eine ordnungspolitisch wirksame Gesetzgebung zu hintertreiben. Dafür gibt die Finanzindustrie dem Vernehmen nach längst Hunderte Millionen Euro jährlich aus.

Doch damit darf sie nicht durchkommen, denn nochmals, die besonders beunruhigende Lehre aus den zitierten Forschungsergebnissen lautet: Wenn der skizzierte Anfangsverdacht zutrifft und die tiefgreifende Fehlentwicklung auf den westlichen Finanzmärkten nicht radikal korrigiert wird, dann könnte das unsere Nationen dauerhaft Prosperität und wirtschaftliche und politische Freiheit kosten und dann könnte das ein Beitrag zum Niedergang des Westens sein.

Es geht also im Gefolge der Krise auch darum, unsere inklusiven politischen und wirtschaftlichen Institutionen zu verteidigen gegen mächtige Sonderinteressen und unsere Institutionen gerade dadurch zu bewähren und zu stärken, dass diese Sonderinteressen wirksam gezügelt werden, dass ihnen wirksame Grenzen gesetzt werden. Sonst leidet unsere Prosperität, sonst werden ungezählte weitere Bürgerinnen und Bürger für die angerichtete Zerstörung und für extraktive Strukturen mit individueller Perspektivlosigkeit und mit dem Gefühl politischer Ohnmacht zahlen, und sonst verlieren unsere demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen an Macht, Vertrauen und Legitimität.

Das heißt: Frau Wagenknecht hat Recht, wenn sie unsere Zeit als eine historische Stunde für bessere Ordnungspolitik begreift. Und die Schweizer geben uns ein Beispiel dafür, wie sich mit einer griffigen Kampagne die rationale Ignoranz der Allgemeinheit hinsichtlich der komplexen Fragen des wirtschaftlichen und

politischen Lebens überwinden lässt und wie Elemente direkter Demokratie die Responsivität des politischen System verbessern und ihm "indirekte Gegenvorschläge" entlocken. Die Krise sollte uns Anlass sein, die Vitalität unserer parteienstaatlichen Demokratie zu prüfen und nach Wegen zu suchen, den Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen zu stärken, auch um ihr bürgerschaftliches Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten zu beleben und den Fatalismus zu bekämpfen, der bei den Wählern um sich greift. Das gilt für Deutschland, und das gilt für die demokratische Dimension der Europäischen Union.

Das Beispiel "Abzockerinitiative" ist aus einem weiteren Grund interessant. Es wirft die Frage auf, ob es legitim ist, wirtschaftliche und politische Fragen mit Vorwürfen gegen *Gruppen* zu verbinden. Ich unterstreiche an dieser Stelle, dass ich mir kein Urteil darüber anmaße, ob und in welchem Umfang die Anliegen und Vorschläge der Initiative berechtigt sind. Darüber haben ausschließlich die Schweizerinnen und Schweizer zu entscheiden. Davon völlig abgesehen: Wenn der skizzierte Anfangsverdacht gegen die von Menschenhand auf den internationalen Finanzmärkten geschaffenen Strukturen zutreffend ist, dann ist es sogar *geboten*, in der Auseinandersetzung mit den Ursachen und den Folgen der gegenwärtigen Krisen auch in Gruppenkategorien zu denken und zu entscheiden. Damit ist kein individueller, persönlicher Schuldvorwurf gegen jeden einzelnen Finanzmarktakteur verbunden, auch wenn diejenigen, die Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten

begangen haben, natürlich dafür büßen sollten. Es geht nicht um Charakterfragen, wenn der Einfluss von Sonderinteressengruppen bekämpft wird, sondern um Ordnungspolitik, die einer Gruppe den ökonomischen Anreiz dafür nimmt, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Deshalb geht es auch nicht darum, einzelne schwarze Schafe in der Interessengruppe auszusondern. Es geht darum, von bestimmten Weideflächen *die ganze Herde* auszusperren.

Die Zähmung des Finanzkapitalismus ist für die freiheitlichen Demokratien und für ihre künftige Prosperität eine Wegscheide. Welchen Pfad wir nehmen, wird zeigen und wird prägen, wie gut unser politisches System und wie gut wir alle mit krisenhaften Herausforderungen umgehen können. Was wir brauchen, ist eine breite Koalition für die nötigen ordnungspolitischen Veränderungen. Das setzt genug mündige Bürgerinnen und Bürger voraus, die das Gebot der Stunde erkennen und sich zu entschlossenem Handeln aufrufen. Wir erleben nicht das Ende des Kapitalismus - der wird weitermachen, auch wenn er womöglich seinen Charakter und seine Kultur weiter in Richtung Finanzkapitalismus verändert. Nein, wir erleben nicht das Ende des Kapitalismus, sondern eine Probe auf unsere Begabung zur Freiheit, auf unser demokratisches Selbstbewusstsein und auf unsere ökonomische Klugheit.

Was lässt sich unternehmen? Die Volksbanken, Raiffeisenbanken und Sparkassen zum Beispiel sollten mit aller Kraft erklären, was sie tun und warum das sinnvoll ist und was die Zocker tun und warum das nicht sinnvoll ist. Die deutschen Banken, die mitgezockt haben, müssen umkehren. Die politisch Verantwortlichen müssen sich klarmachen, mit anderen Worten: *es muss ihnen von ihren Wählern klargemacht werden*, dass das Thema bleibt und dass sie daran gemessen werden, wie gerecht sie die Lasten der Krise verteilen und wie wirksam sie ausschließen, dass sich die Krise wiederholt. Deutschland muss seine wirtschaftlichen Stärken pflegen, sein Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, seine Kultur der Selbständigkeit, des Mittelstands, der beruflichen Bildung, des vertrauensvollen Dialogs zwischen den Sozialpartnern und der langfristigen Perspektiven des unternehmerischen Handelns. Unser Land muss alle Versuche und Versuchungen abwehren, diese Stärken zu schwächen. Die Europäische Union muss ihre wirtschaftlichen und finanzpolitischen Probleme in den Griff bekommen und auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation setzen, nicht auf Umverteilung. Die jungen Ökonomen und Juristen an unseren Hochschulen und möglichst überall in den westlichen Demokratien müssen viel stärker in den Grundlagen der Ordnungspolitik unterrichtet werden. Wir sollten uns darüber freuen, dass aktuelle Studien wie *Why nations fail* die Ideen und die politische Praxis des deutschen Ordoliberalismus so eindrucksvoll bestätigen. Und wir sollten es nicht allein der Partei "Die Linke" überlassen, dieses Erbe zu erwerben, um es zu besitzen.